

## Sachstand zur Entwicklung von Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg

### 1. Ausgangspunkt

Seit April 2018 wurde intensiv zum Thema Armut in verschiedenen städtischen Gremien berichtet. So wurde am 11. April 2018 ein umfangreicher Bericht zur Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg im Stadtrat vorgestellt und am 19.04.2018 wurde im Jugendhilfeausschuss zur Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut in Nürnberg zum „Nürnberger Arbeitsprogramm gegen Kinder- und Jugendarmut“ berichtet. Am 25.07.2019 folgte in der Sitzung des Sozialausschusses ein Bericht zur Entwicklung der Altersarmut in Nürnberg und der Skizze eines Nürnberger Arbeitsprogramms gegen Altersarmut.

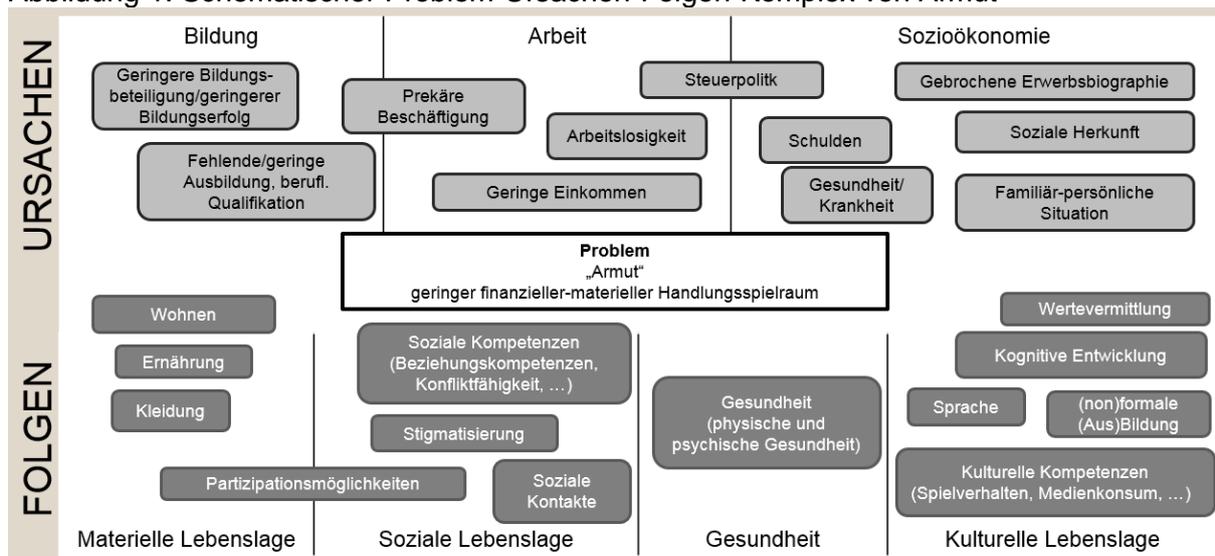
Im Zuge der Diskussionen zu den genannten Berichten wurde jeweils auch darauf hingewiesen, dass zur Identifikation und Beobachtung von (sich möglicherweise auch verändernden) Bedarfslagen ein systematisches Datenset aufgebaut werden soll, das regelmäßig in die Diskussion eingebracht wird.

Der vorliegende Bericht soll im Sinne einer Kontinuität der Debatte kurz die wichtigsten Entwicklungen aktualisieren und beschreiben. Die Grundlage des Berichts ist der erste Entwurf eines im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales in Kooperation mit dem Amt für Stadtforschung und Statistik erstellten systematischen Datensets Armut und Armutsgefährdung. Dieses Datenset soll künftig vom Amt für Stadtforschung und Statistik jährlich aktualisiert und im Rahmen einer sogenannten „Fachschaale“ im Statistik.Monitor bereitgestellt werden. Das Sozialreferat wird auf dieser Datengrundlage auch künftig regelmäßig in den Fachausschüssen berichten.

### 2. Aktuelles zu Maßnahmen und Aktivitäten

In der kommunalen Armutsdebatte der letzten zwei Jahre wurde zwischen Armutsursachen und –folgen unterschieden. In diesem Zusammenhang wurde auch das folgende Schema vorgestellt:

Abbildung 1: Schematischer Problem-Ursachen-Folgen-Komplex von Armut



Quelle: eigene Darstellung u. a. nach AWO 2012, Cremer 2016, Laubstein et al. 2016, Voges et al. 2003, Spannagel 2017

Dabei wurde herausgearbeitet, dass der kommunale Handlungsspielraum bei der Bekämpfung zentraler Armutsursachen eingeschränkt ist. Hoch ist der kommunale Spielraum dagegen bei der Bekämpfung von Armutsfolgen.

Die Ermöglichung von Teilhabe ist kommunale Kernkompetenz. Die Kommune als die den Menschen nächste politische Ebene steht besonders in der Verantwortung, von Armut Betroffenen Teilhabe zu ermöglichen.

Die Kommune ...

- informiert umfassend über rechtliche Leistungsansprüche;
- schafft Teilhabeangebote, die nichts oder wenig kosten;
- bringt Angebotsinformationen zu Betroffenen und den Akteuren;
- kümmert sich um die Vernetzung der Akteure;
- akquiriert und gibt Mittel für Projekte;
- unterstützt monetär, um Zugänge zu ermöglichen

Die vielseitigen konkreten kommunalen Maßnahmen und Aktivitäten im Kontext von Armutsprävention und Armutsbekämpfung in Nürnberg wurden in den im vorherigen Abschnitt erwähnten Berichten ausführlich beschrieben und sollen daher an dieser Stelle nicht umfassend wiederholt werden. Seien es diverse Aktivitäten zu Ausbildung und Qualifizierung, zur Bekämpfung von (Langzeit)Arbeitslosigkeit, der Nürnberg-Pass, die wirtschaftliche Jugendhilfe, die EnergieSchuldenPrävention, die Beratungsangebote des Allgemeinen Sozialdienstes und der Erziehungs- und Familienberatung, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Beitrag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder auch die Stadtteilkoordination, das Engagement zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets<sup>1</sup> und vieles mehr. Das Engagement der Stadt Nürnberg ist seit Jahren hoch und es bleibt hoch.

Zentrale Aktivitäten sind in den Arbeitsprogrammen gegen Kinder- und Jugendarmut und gegen Altersarmut gebündelt. Die sukzessive Umsetzung der dort beschriebenen Maßnahmen hat eine hohe Priorität. Zum Stand der Umsetzung im Arbeitsprogramm gegen Kinder- und Jugendarmut wird in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2020 berichtet.

Ein weiteres Anliegen der Diskussion der letzten beiden Jahre war und ist eine Intensivierung der Sensibilisierung von Regeldiensten und auch der (Fach)Öffentlichkeit. Dazu wurden verschiedene Schritte unternommen. Neben zahlreichen Vorträgen im Rahmen von kommunalen und bundesweiten Fachveranstaltungen und Konferenzen, der Neukonzipierung und Durchführung der Fortbildung „Armut begegnen – zwischen professionellem Anspruch und Wirklichkeit“ wurden auch Diskussionspapiere erstellt, die aus der Debatte des Jahres 2018 noch offene Fragenstellungen aufgreifen.<sup>2</sup>

### **3. Schaffung einer Basis – Datenset Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg**

Einschlägige Daten werden in der Armutsdebatte in Nürnberg selbstverständlich schon lange planerisch genutzt. Neu ist jedoch, dass ausgehend von den vier Lebenslagendimensionen vorhandene Daten systematisch zusammengestellt worden sind und regelmäßig als Monitoring in die Diskussion und Planung des Arbeitsprogramms einfließen sollen.

Ein Datenmonitoring dient der Verbesserung von Entscheidungsgrundlagen, indem es Daten beobachtet, bereitstellt und bewertet und damit Transparenz fördert. Das Datenmonitoring soll somit helfen, ...

- Entwicklungen systematisch und kontinuierlich zu beobachten und
- Diskussionsprozesse zur Ableitung von Handlungsbedarfen anzustoßen bzw. zu unterstützen und darüber hinaus
- als Datenfundus zur Beantwortung von Fragen im Tagesgeschäft dienen.

Das Datenset ist dabei kein Schlusspunkt der Diskussion, sondern soll Entscheidungsgrundlagen stärken, in dem es drei Eigenschaften erfüllt: a) regelmäßige und b) mehrdimensionale Beobachtung einer c) begrenzten Anzahl von Indikatoren.

---

<sup>1</sup> Aust et al. 2018

<sup>2</sup> Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales 2018a, 2018b, 2019a, 2019b, 2019c ([https://www.nuernberg.de/inter-net/sozialreferat/kommunale\\_armutsbekaempfung\\_berichte\\_informationen\\_veranstaltungen.html](https://www.nuernberg.de/inter-net/sozialreferat/kommunale_armutsbekaempfung_berichte_informationen_veranstaltungen.html), Abrufdatum: 28.11.2019)

a) regelmäßige Beobachtung

Das Datenset bezieht sich auf die Gesamtstadt und soll jährlich aktualisiert werden. Es sollen Daten im Zeitvergleich dargestellt werden. Der mögliche Vergleichszeitraum variiert auf Grund unterschiedlicher Datenverfügbarkeiten. In Einzelfällen werden Zeitvergleiche erst sukzessive aufgebaut. Es handelt sich um eine aggregierte Betrachtung für die Gesamtstadt.

b) mehrdimensionale Beobachtung

Armut ist mehr als monetärer Mangel. Eine Diskussion von Armutspänomenen auf der Grundlage einer Zahl wird der Komplexität des Problems nicht gerecht. In der Logik des Problem-Ursachen-Folgen-Komplex (Abbildung 1) sollen verschiedene Daten sowohl auf der Seite der Ursachen wie der Folgen und dort differenziert nach verschiedenen Lebenslagen dargestellt werden. Einige Daten können für mehrere der genannten Felder relevant sein. Die Zuordnung erfolgte nach schwerpunktmäßiger (nicht ausschließlicher) Relevanz. Die Indikatoren orientieren sich an der Verfügbarkeit und sollen mit vertretbarem Erhebungsaufwand aufbereitet werden können. Es werden Daten im Zeitvergleich bis 2018 dargestellt. Bei einzelnen Indikatoren weichen die Zeiträume aus Gründen der Datenverfügbarkeit und -erhebung ab.

c) begrenzte Anzahl von Indikatoren

Das Datenset ersetzt keine wissenschaftlichen Studien und thematische Detailanalysen für einzelne Themen. Vielmehr soll es eine systematische und gleichzeitig vergleichsweise überschaubare Datengrundlage darstellen. Zur Erleichterung eines Einstiegs bzw. Überblicks wird zwischen einer überschaubaren Anzahl besonders relevant erscheinender „Leitindikatoren“ (34 Stück) und weiterführenden „Ergänzungsindikatoren“ (48 Stück) unterschieden. Abbildung 2 zeigt den aktuellen Stand des Datensets auf Ebene der Leitindikatoren. Es handelt sich bei dem Datenset um einen ersten systematisierten Entwurf. Anpassungen und Ergänzungen der Indikatoren für weitere Durchläufe sind möglich und zu erwarten und sollen im Zuge einer Diskussion des ersten Entwurfs herausgearbeitet werden.

Abbildung 2: Datenschema – Leitindikatoren Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg

Rahmendaten		
<b>1. Demografie</b> L1.1 Hauptwohnsitzbevölkerung nach Altersgruppen L1.2 Hauptwohnsitzbevölkerung nach Alter/Geschlecht L1.3 Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund L1.4 Anteil nichtdeutsche Hauptwohnsitzbevölkerung L1.5 Privathaushalte	<b>2. Leistungsbezug/soziale Intervention</b> L2.1 Personen in SGB II-BG L2.2 Mindestsicherungsquote L2.3 Sozialleistungsquote Minderjähriger L2.4 NEF-Quote	
Ursachen		
<b>3. Arbeit und Beschäftigung</b> L3.1 Arbeitslosenquote L3.2 Unterbeschäftigungsquote L3.3 geringfügig entlohnte Beschäftigte (Wohnort) L3.4 Beschäftigungsquote	<b>4. Einkommen/wirtschaftliche Situation</b> L4.1 Äquivalenzeinkommen Mikrozensus L4.2 Durchschnittseinkommen L4.3 Verfügbares Einkommen L4.4 Durchschnittlicher Bruttostundenlohn	
Folgen		
Materielle Lebenslage		
<b>5. Wohnen</b> L5.1 Wohnungssuchende L5.2 Anzahl Antragstellungen Wohngeld L5.3 Personen in Haushalten mit WoGG-Leistungen L5.4 Personen in Obdachlosenwohnungen etc. L5.5 Anzahl belegungsgebundener Wohnungen	<b>6. Finanzieller Handlungsspielraum</b> L6.1 Anteile von Haushalten mit Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen	
Soziale Lebenslage		
<b>7. Soziale Teilhabe</b> L7.1 Nürnberg-Pass L7.2 BuT L7.3 Selbsteinschätzung Schichtzugehörigkeit	Gesundheitliche Lebenslage	
	<b>8. Gesundheit</b> L8.1 Vorsorgestatus Einschüler/innen L8.2 Einschüler/innen mit Übergewicht	
Kulturelle Lebenslage		
<b>9. Bildung</b> L9.1 Versorgungsquoten Kindertagesbetreuung L9.2 Sprachkompetenz bei Schuleintritt L9.3 Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung L9.4 Abschlüsse allgemeinbildender Schulen L9.5 Übertritte Nürnberger Grundschüler/innen am Ende der vierten Klasse L9.6 Anteil Schüler/innen im Übergangssystem		

## 4. Zentrale Befunde

Nachfolgend werden die Entwicklungen der Leitindikatoren erläutert.

### 4.1. Rahmendaten

#### Demografie

Demografische Daten sagen zunächst noch nichts über Armutsproblematiken aus. Gleichwohl ist eine Beobachtung wichtig, da sich mit einer wachsenden Bevölkerungszahl zumindest das zahlenmäßige Potenzial an zu unterstützenden Menschen mit erhöht, bzw. erhöhen kann. Außerdem liegen erste Hinweise vor, welchen Fragen weiter nachzugehen ist. So macht es bspw. einen Unterschied, auch für Schwerpunktsetzungen der Armutsprävention und -bekämpfung, ob und in welchem Maße eine Stadtbevölkerung durch steigende Lebenserwartung oder durch Geburten und/oder Zuzüge wächst. Die Zahl der Nürnberger Hauptwohnsitzbevölkerung wächst seit Jahren. Ende 2018 lebten knapp 536.000 Menschen in Nürnberg. Das entspricht einem Wachstum von 8 % seit 2008. Die größten relativen Zuwächse sind vor allem bei den ganz jungen und den ältesten Gruppen zu beobachten.

Tabelle 1: Hauptwohnsitzbevölkerung nach Altersgruppen (jeweils Jahresende)

	0 - unter 3	3 - unter 6	6 - unter 10	10 - unter 15	15 - unter 18	18 - unter 25	25 - unter 30	30 - unter 45	45 - unter 60	60 - unter 65	65 - unter 75	75 - unter 80	80 - unter 85	85 und mehr	Gesamt
2008	12.694	12.120	15.988	20.373	13.097	42.256	37.946	110.403	99.716	27.832	57.928	18.578	14.538	11.990	495.459
2018	15.836	14.281	17.670	21.901	13.074	43.318	43.349	116.371	112.837	30.415	49.477	24.276	18.538	14.403	535.746
Entwicklung 2008-2018 in %															
%	24,8	17,8	10,5	7,5	-0,2	2,5	14,2	5,4	13,2	9,3	-14,6	30,7	27,5	20,1	8,1

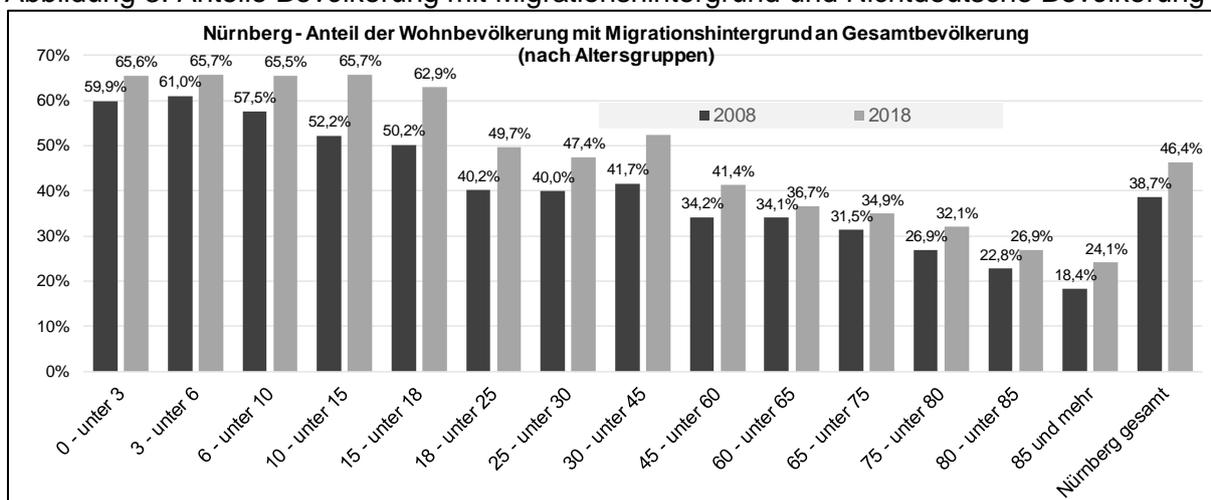
Datenquelle: Einwohnermelderegister; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

Insgesamt ist die Zuwachsdynamik der männlichen Hauptwohnsitzbevölkerung im Vergleich der Jahre 2008 und 2018 größer, als bei der weiblichen Hauptwohnsitzbevölkerung – und zwar vor allem bei den Altersgruppen ab 75 Jahren (siehe Anhang 1).

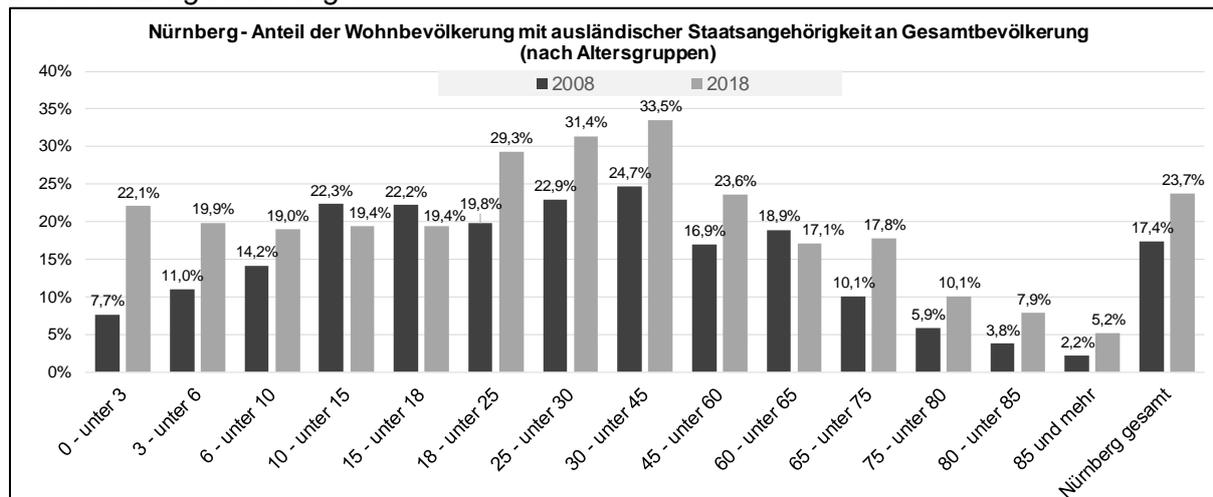
Eine Diskussionsgrundlage ist auch die Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und nichtdeutscher Nationalität, da Nichtdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund vielfach häufiger von Armutslagen betroffen sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Freilich ist die Nationalität keine ursächliche Erklärung für Armutsbetroffenheit und ein Merkmal wie das statistische Konstrukt des Migrationshintergrunds ist in der Interpretation durchaus auch schwierig, da dort sehr heterogene Gruppen mit und ohne eigene Zuwanderungserfahrung zusammengefasst werden. Dennoch sind diese Informationen wichtig, da sie weitere Hinweise auf Zielgruppenentwicklungen liefern, aus denen wiederum unterschiedliche Handlungsbedarfe und auch Folgefragen resultieren können.

Die Daten zeigen, dass sowohl der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung, als auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in (nahezu) allen Altersgruppen gestiegen ist, vor allem unter den bis unter 10-Jährigen.

Abbildung 3: Anteile Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Nichtdeutsche Bevölkerung



... Fortsetzung Abbildung 4

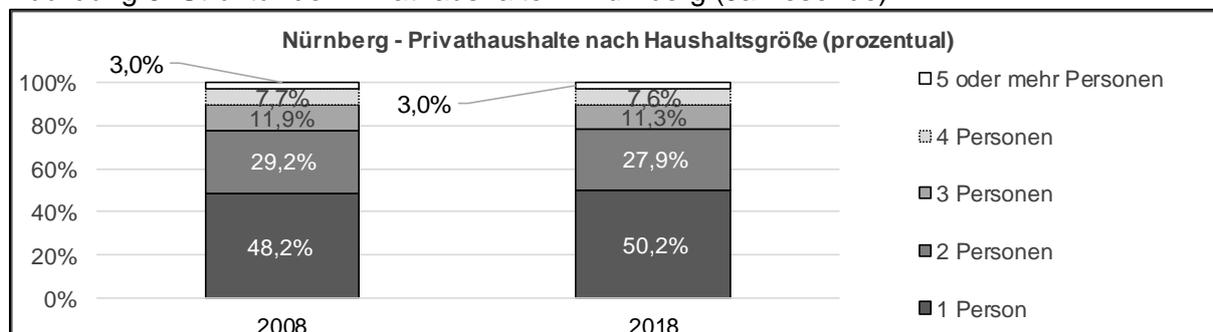


Quelle: Einwohnermelderegister; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth, Stand: je 31.12. des Jahres; eigene Berechnung

Die Zusammensetzung der Privathaushalte ist ebenfalls eine wichtige Basisinformation. So wird bspw. der finanzielle Handlungsspielraum gerade für Privathaushalte mit 5 oder mehr Personen schneller problematisch als für andere Haushaltskonstellationen. Steigt die Zahl (junger) Einpersonenhaushalte, so hat auch dies Auswirkungen auf die Einkommensverteilung und auch die Berechnung der Armutsgefährdungsquote.

Für Nürnberg zeigt sich, dass die Verteilung der Privathaushalte nach Haushaltsgröße über die Jahre relativ stabil ist. Die Einpersonenhaushalte machen nach wie vor den größten Anteil aus, wobei dieser noch einmal geringfügig gestiegen ist.

Abbildung 5: Struktur der Privathaushalte in Nürnberg (Jahresende)



Datenquelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

## Leistungsbezug

Die Beobachtung der Entwicklung von Transferleistungen ist für die Armutsdebatte von zentraler Bedeutung. Zum einen können Veränderungen im Zeitverlauf verlässlich beobachtet werden und die Datenverfügbarkeit ist sehr gut, da es sich im Gegensatz zu anderen Kennzahlen nicht um Daten auf der Basis von Stichprobenerhebungen handelt und die Kommune die Daten selbst vorhält. Insofern gelten Transferleistungsdaten unter Fachleuten als geeignete Daten eines kommunalen Armutsmonitorings.<sup>3</sup>

Nürnberg beteiligt sich seit Jahren am Benchmarking der großen Großstädte der Firma con\_sens.<sup>4</sup> Die Ergebnisse zeigen seit einigen Jahren, dass der Anteil der Menschen, die in Nürnberg ganz oder teilweise auf Transferleistungen angewiesen sind, rückläufig ist und unter dem mittleren Niveau der Großstädte liegt.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Vgl. u. a. [https://www.it.nrw.de/statistik/querschnittsveroeffentlichungen/Statistik\\_kompakt/Archiv\\_2017/ausgabe8\\_2017/](https://www.it.nrw.de/statistik/querschnittsveroeffentlichungen/Statistik_kompakt/Archiv_2017/ausgabe8_2017/) (Abrufdatum: 24.01.2018); Cremer 2016, S. 60ff.; Bauer et al. 2015, S. 140

<sup>4</sup> Zu Letzt erfolgte dazu ein Bericht in der Sitzung des Sozialausschusses vom 10.10.2019.

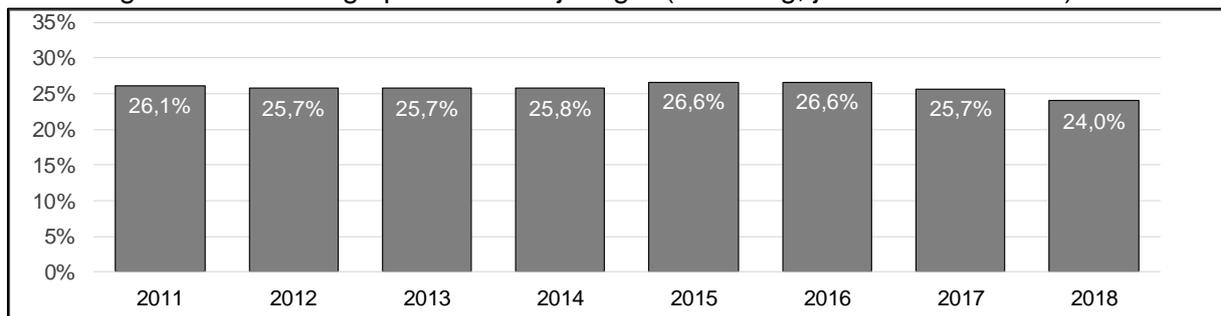
<sup>5</sup> con\_sens 2019, S. 20

Der Anteil der leistungsbeziehenden Menschen an der Gesamtbevölkerung kommt in der sogenannten *Mindestsicherungsquote* zum Ausdruck, die als *eine* geeignete Kennzahl zum kommunalen Monitoring von Armutslagen gilt.<sup>6</sup> Die Mindestsicherungsquote ist definiert als Anteil der leistungsbeziehenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Berücksichtigt werden SGB II – Leistungen (hier: Regelleistungsberechtigte), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Mindestsicherungsquote ist gerade für die kommunale Sozialberichterstattung ein wichtiger Indikator, wohingegen die Armutsgefährdungsquote eher für die Landes- und Bundesebene geeignet ist.<sup>7</sup> Auch der Arbeitskreis Armutsforschung, der Kritik an der Armutsgefährdungsquote zu entkräften versucht, betont den Vorzug der Mindestsicherungsquote als geeigneteren Indikator auf kommunaler Ebene.<sup>8</sup> Gleichwohl liegt es in der Natur der Sache, dass potenziell Leistungsberechtigte, die keine Leistungen beantragen auch nicht mitgezählt werden können.

Im September 2019 wurden gut 51.400 Leistungsberechtigte der genannten Transferleistungen gezählt, was einer Mindestsicherungsquote von 9,6 % entspricht. Damit ist die die Zahl der Transferleistungsempfänger/innen so niedrig wie im Beobachtungszeitraum seit 2012 nicht – bei einer wachsenden Stadtbevölkerung. Zum Vergleich: Ende 2012 wurden gut 53.300 Leistungsberechtigte gezählt. Am höchsten war die Zahl Ende 2015 (gut 63.300). Auch die Mindestsicherungsquote war mit 12 % Ende 2015 am höchsten.

Lenkt man den Blick auf Kinder und Jugendliche, so zeigt sich mit der Sozialleistungsquote Minderjähriger, dass sich die Betroffenheit zwar verringert hat, dass sie aber nach wie vor höher ist als die geschilderte Mindestsicherungsquote. Mit anderen Worten: Kinder und Jugendliche sind nach wie vor überdurchschnittlich oft von Armutslagen betroffen.

Abbildung 6: Sozialleistungsquote\* Minderjähriger (Nürnberg, jeweils Jahresende)



\* gezählt werden (jeweils Minderjährige): Regelleistungsberechtigte in SGB II-BG, in Haushalten mit HLU (SGB XII), Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG und Minderjährigen in Haushalten mit WoGG-Bezug, in der Summe bezogen auf die minderjährige Gesamtbevölkerung

Quelle: Sozialamt, Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth; eigene Berechnung

Ende 2018 wurden in dieser Logik gut 19.800 Minderjährigen gezählt, die ganz oder teilweise von Sozialleistungen abhängig sind. Am größten war die Zahl Ende 2016 mit knapp 21.500 leistungsbeziehenden Minderjährigen.

Der Anteil der nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) an der Bevölkerung im Alter bis unter 15 Jahren hat von Ende 2012 bis Ende 2018 von knapp 20% auf gut 16% abgenommen. Auch hier kommt – trotz erkennbarer Verbesserungen – eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höhere Betroffenheit Jüngerer zum Ausdruck.

Der nach wie vor größere Handlungsdruck gerade bei der Bekämpfung und Prävention von Kinder- und Jugendarmut war auch Anlass, das kommunale Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut im Jahr 2018 zu einem kommunalen Arbeitsprogramm gegen Kinder- und Jugendarmut weiterzuentwickeln.

<sup>6</sup> Vgl. u. a. [https://www.it.nrw.de/statistik/querschnittsveroeffentlichungen/Statistik\\_kompakt/Archiv\\_2017/ausgabe8\\_2017/](https://www.it.nrw.de/statistik/querschnittsveroeffentlichungen/Statistik_kompakt/Archiv_2017/ausgabe8_2017/) (Abrufdatum: 24.01.208); Cremer 2016, S. 60ff.; Bauer et al. 2015, S. 140

<sup>7</sup> Munz-König 2013, S. 124

<sup>8</sup> Arbeitskreis Armutsforschung 2017, S. 154f.

## 4.2. Ursachen

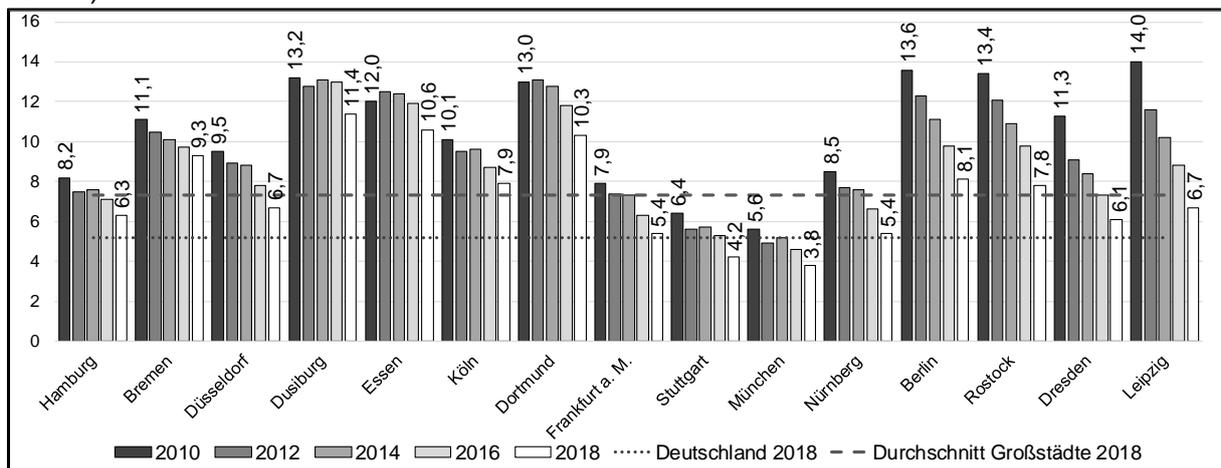
Um Probleme dauerhaft zu lösen, müssen Ursachen angegangen werden. Hier wird beim Themenfeld Armut deutlich, dass es zahlreiche Ursachen gibt, bei denen die Kommune über wenig bis keine Handlungsspielräume verfügt. Zu nennen sind die Höhe der Markteinkommen, Umfang atypischer Beschäftigungsverhältnisse – abgesehen von den eigenen Möglichkeiten als Arbeitgeberin –, private Überschuldungen, persönliche Krisen (z. B. Scheidungen), Krankheitsfälle (z. B. Unfälle), soziale Herkunft, Steuerpolitik oder eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und SGB XII. Allerdings gibt es durchaus Ursachen, bei denen es einen gewissen Spielraum der Kommune gibt, wie bspw. Bildung oder Qualifikation.

Wie in Abschnitt 3 erwähnt, können einige Daten für mehrere Handlungsfelder relevant sein, das gilt auch für die Frage der Zuordnung zur Ursachen- oder Folgenseite. Die Zuordnung erfolgte nach schwerpunktmäßiger (nicht ausschließlicher) Relevanz.

### Arbeit und Beschäftigung

Arbeit und Beschäftigung sind der wirksamste Schutz vor Armut. Der Nürnberger Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahren rückläufig und im Großstadtvergleich niedrig.

Abbildung 7: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigenen Berechnung

Auch die Unterbeschäftigungsquote<sup>9</sup> hat in Nürnberg in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen und betrug Ende 2018 7,6% (gegenüber 9,8% Ende 2014).

Als Spiegelbild rückläufiger Arbeitslosenzahlen ist eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu beobachten. Die Beschäftigungsquote belief sich Mitte 2018 auf 61%, gegenüber 55% zur Jahresmitte 2013. Dies entspricht knapp 218.300 Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip,<sup>10</sup> gegenüber ca. 189.800 Beschäftigten im Juni 2013. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt, ist die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten seit 2015 leicht rückläufig. Belief sie sich Mitte 2014 noch auf knapp 28.000 Personen, wurden im Juni 2018 noch gut 25.700 gezählt. Zu beachten ist hier die Einführung des Mindestlohns in 2015, was dazu beigetragen hat, dass ein Teil der aus-

<sup>9</sup> „In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen abgebildet, die nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind. Diese Personen werden zur Unterbeschäftigung gerechnet, weil sie für Menschen stehen, denen ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fehlt. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen bzw. ohne die Zuweisung zu einem Sonderstatus die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde. Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung werden Defizite an regulärer Beschäftigung umfassender erfasst und realwirtschaftliche bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt besser erkannt. Zudem können die direkten Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitslosenzahlen nachvollzogen werden.“ (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport für Kreise und kreisfreie Städte)

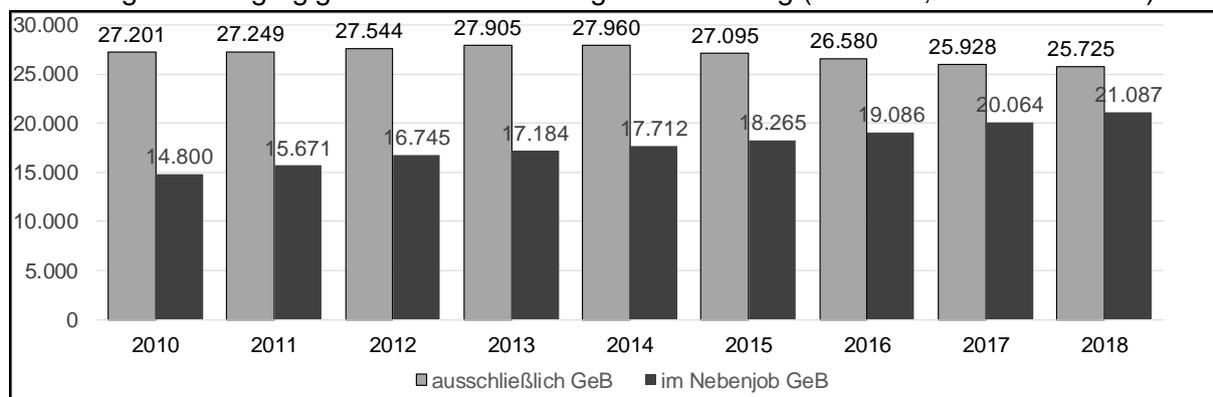
<sup>10</sup> Gezählt werden hier Beschäftigte, die in Nürnberg leben, unabhängig davon wo sie arbeiten.

schließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige (Teilzeit-)Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurde, da sie über der damaligen Verdienstgrenze von 450 € lagen. In der Folge ist seit 2015 ein leichter Rückgang zu beobachten.<sup>11</sup> Analog zum deutschlandweiten Trend ist jedoch die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse im Nebenjob auch in Nürnberg weiterhin angestiegen.

Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Einerseits nutzen Betriebe diese kostengünstige und flexible Beschäftigungsform, andererseits wird sie auch als Hinzuverdienstmöglichkeit bei Arbeitnehmern/innen nachgefragt. Bundesweite Analysen weisen darauf hin, dass die Motivation vorrangig der Zuverdienst bei geringerem Einkommen ist. Beschäftigte mit Nebenjob, die im Hauptjob eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ausüben, haben im Durchschnitt ein geringeres Monatseinkommen als alle sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten. Personen mit den niedrigsten Einkommen in der Hauptbeschäftigung haben die höchste Wahrscheinlichkeit für einen Nebenjob.<sup>12</sup> Insofern spricht einiges dafür, dass Beschäftigte, die im Nebenjob geringfügig entlohnt tätig sind, vielfach einer nicht auskömmlichen Hauptbeschäftigung nachgehen. Neben dieser Motivlage gibt es jedoch auch das sogenannte Portfoliomotiv. „Demzufolge geht es den Nebenjobbern mehr darum, den Hauptjob um Tätigkeiten zu ergänzen, die Spaß machen oder Prestige einbringen. Beispiele sind der Universitätsprofessor, der als Berater in Wirtschaft oder Politik tätig ist, oder aber der Fließbandarbeiter, der abends gegen Entgelt Konzerte mit der Band gibt.“<sup>13</sup> Damit soll lediglich deutlich werden, dass es im Einzelfall sehr unterschiedliche Motivlagen gibt.

Wenn die Zahl der im Nebenjob geringfügig entlohnten Beschäftigten in Nürnberg von Juni 2013 bis Juni 2018 um ca. 3.900 auf gut 21.000 Beschäftigte gewachsen ist und man davon ausgeht, dass das *Portfoliomotiv* nicht der Treiber ist, dann ist die Zunahme dieser Beschäftigungsform im Sinne einer Forderung nach armutsfester Beschäftigung potenziell problematisch. Ein Ausdruck zunehmender „Prekarisierung“ ist sie jedoch nicht per se.

Abbildung 8: Geringfügig entlohnte Beschäftigte in Nürnberg (Wohnort, Juni des Jahres)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Einkommen und wirtschaftliche Situation

Armut ist relativ und mehrdimensional. Der Blick nur auf Einkommen reicht nicht aus. Gleichwohl steht es außer Frage, dass der Blick auf die Einkommensentwicklung zweifelsohne ein zentraler Bestandteil der Armutsdebatte ist und auch sein muss. Die Erhebung von Einkommen gehört zu den komplizierteren Vorhaben von Statistik und empirischer Sozialforschung, deren Hürden hier voll zum Tragen kommen.<sup>14</sup> Letztlich ist nicht mehr als eine (möglichst systematische) Annäherung an die Frage der Einkommensentwicklung in Nürnberg möglich.

<sup>11</sup> vgl. vom Berge/Weber 2017; Bruckmeier et al. 2018

<sup>12</sup> Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung 2018; Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales 2019b

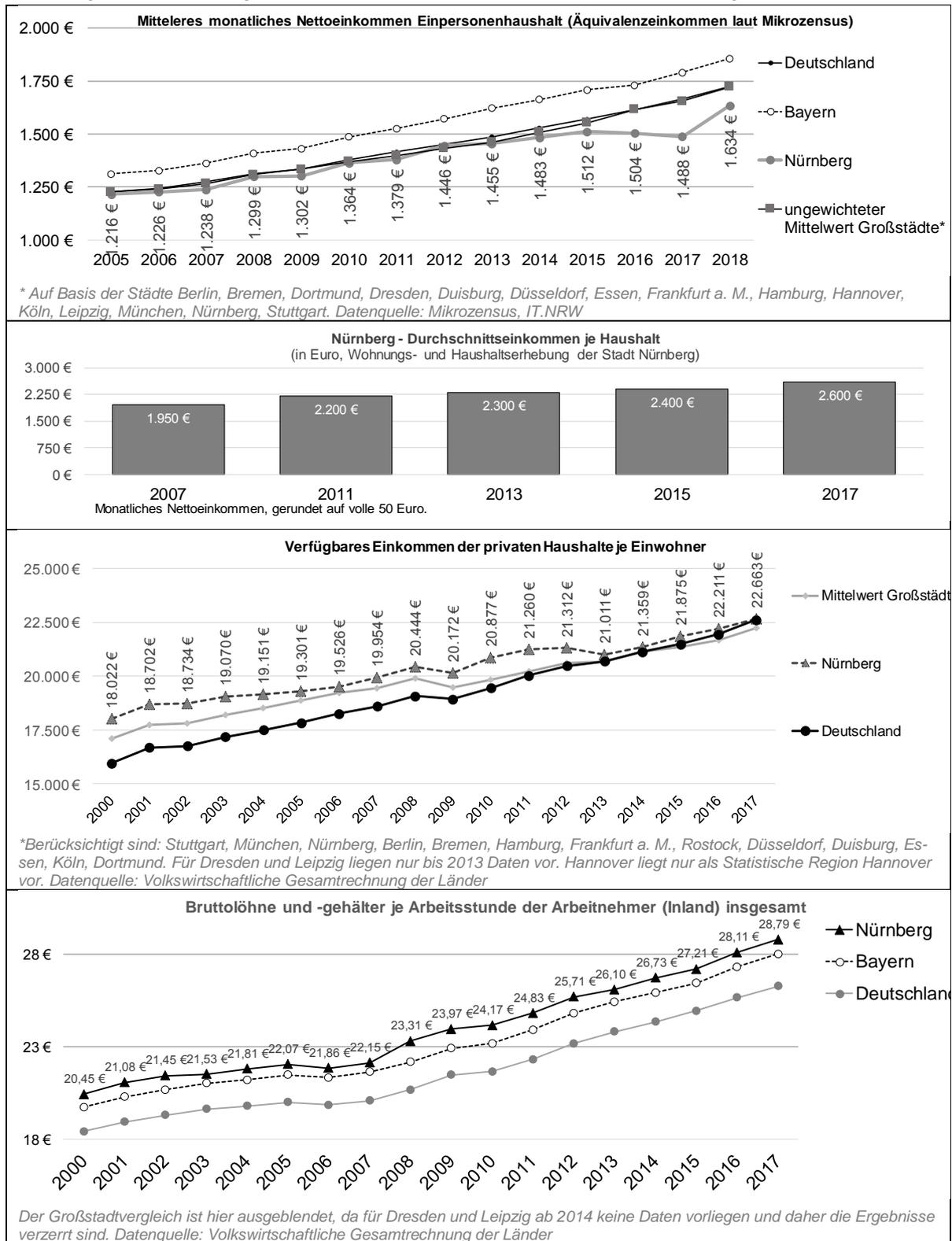
<sup>13</sup> vgl. Klinger /Weber 2017, S. 1

<sup>14</sup> Die Palette geht dabei von unterschiedlicher Periodizität der Datenquellen, unterschiedlichen Definitionen (z. B. von Einkommen selbst und auch von Haushalten), Erinnerungsproblemen der Befragten (v. a. bei unregelmäßigen bzw. einmaligen Transferzahlungen), Operationalisierungen und Interviewereffekten (vgl. Warner 2009; Bogner/Landrock 2015)

Eine solche Annäherung erfolgt mittels folgender Daten (Definitionen siehe Anhang 2):

- Mittleres Einkommen (Äquivalenzeinkommen) für Einpersonenhaushalte laut Mikrozensus
- Durchschnittseinkommen je Haushalt laut Wohnungs- und Haushaltserhebung der Stadt Nürnberg
- Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner
- Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer

Abbildung 9: Entwicklung verschiedener Einkommensdaten für Nürnberg



Die wichtigsten Ergebnisse:

- Im Großstadtvergleich liegt Nürnberg mit den Durchschnittseinkommen bei verschiedenen Datenquellen nahe am mittleren Wert der Großstädte. Allerdings ist die Entwicklung im Sinne relativer Einkommenszuwächse unterdurchschnittlich.
- Die Zunahme der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen für Einpersonenhaushalte ist in Nürnberg im Zeitverlauf unterschiedlich. Bis vor einigen Jahren verlief die Zunahme im Großstadtvergleich unterdurchschnittlich. Zuletzt gab es im Jahr 2018 eine deutliche Zunahme auf 1.634 Euro pro Monat. Auch wenn eine spürbare Zunahme in 2018 plausibel ist, so gilt für die Befragungsdaten des Mikrozensus, dass Veränderungen in Daten unmittelbar aufeinanderfolgender Jahre vorsichtig zu interpretieren sind. Veränderungen und Trends sollten vielmehr im längerfristigen Zeitvergleich interpretiert werden.
- Auch die städtische Wohnungs- und Haushaltsbefragung verweist auf gestiegene durchschnittliche Haushaltseinkommen.
- Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick auf die verfügbaren Einkommen, bei denen monetäre Sozialleistungen und sonstige laufenden Transfers zu den Markteinkommen hinzugefügt, andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen werden.
  - Nürnberg liegt in dieser Betrachtung von 2000 bis ca. 2012 erkennbar über dem Mittelwert der Großstädte. Danach geht der Nürnberger Wert im Jahr 2013 sogar zurück und liegt seitdem praktisch gleichauf mit dem Mittelwert der Großstädte und dem Betrag für Deutschland.
  - Je Einwohner/in in Nürnberg beläuft sich das verfügbare Einkommen im Jahr 2017 auf durchschnittlich knapp 22.700 Euro.
- Der durchschnittliche Bruttolohn je Arbeitsstunde betrug für Arbeitnehmer/innen im Jahr 2017 in Nürnberg 28,79 Euro lag und damit deutlich über den Werten für Bayern und Deutschland.

Es wird deutlich, dass verschiedene Datenquellen zu anderen Ergebnissen kommen können. Es zeichnet sich jedoch in den letzten Jahren wieder eine zunehmend positive Einkommensentwicklung für Nürnberg ab, auch wenn diese mit geringerer Zuwachsdynamik als in anderen Städten verlief.<sup>15</sup> Vom allgemeinen Bild ein wenig abweichend sind jedoch die skizzierten Daten der Entwicklung der Äquivalenzeinkommen auf Basis des Mikrozensus. Zum einen ist hier für die Zeit von 2014 bis 2017 entgegen aller anderen Quellen eine Abnahme zu beobachten, zum anderen gibt es von 2017 auf 2018 einen auffälligen Sprung nach oben. Hier spricht viel auch für gewisse methodische Effekte des Mikrozensus. Da diese Daten wiederum die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdungsquote sind, soll hier eine kurze Einordnung erfolgen.

### ***Exkurs: Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in Nürnberg***

Nach der EU-Definition gelten Personen als armutsgefährdet, wenn ihr sogenanntes „gewichtetes Äquivalenzeinkommen“ unterhalb von 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung liegt. Die kritische Einordnung der so berechneten Armutsgefährdungsquote wurde im Bericht an den Stadtrat am 11.04.2018 ausführlich vorgenommen und soll hier aus Platzgründen nicht im Detail wiederholt werden.<sup>16</sup> Nur einige wichtige Punkte sollen nochmals festgehalten werden:

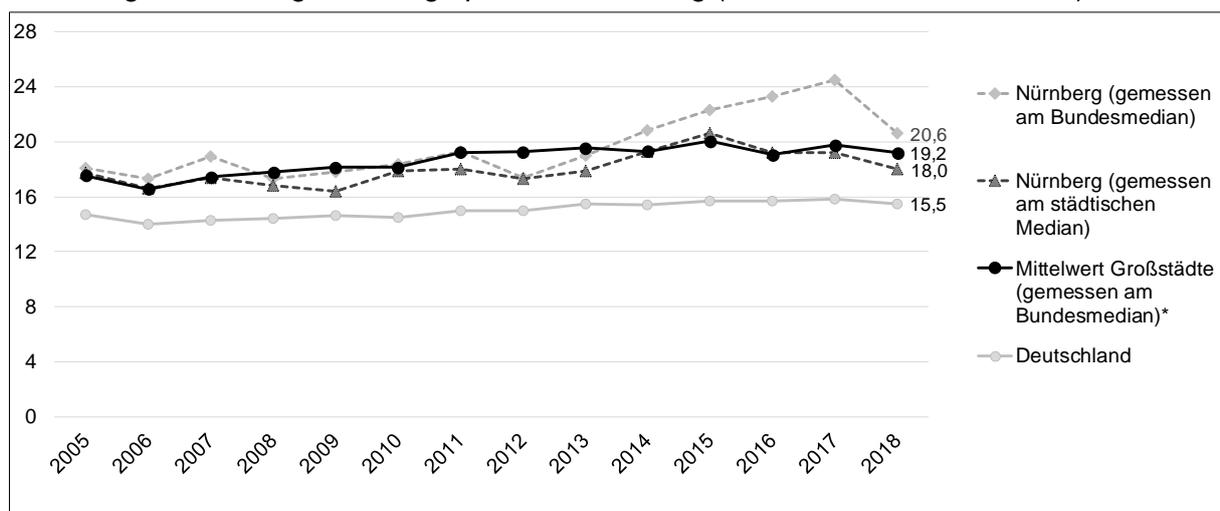
- Die Berechnung von Äquivalenzeinkommen erfolgt für Privathaushalte nach unterschiedlichen Bedarfsgewichten der Haushaltsmitglieder.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales 2019a

<sup>16</sup> Siehe dazu ausführlich „Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg“. Bericht im Stadtrat vom 11.04.2018. (<https://online-service2.nuernberg.de/buergerinfo/getfile.asp?id=601829&type=do>, Abrufdatum: 08.01.2019)

- Aus der Bedarfsgewichtung folgt, dass sich das gewichtete Äquivalenzeinkommen eines Haushaltstyps von einem auf das andere Jahr verändern kann, obwohl sich die Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung nicht verändert hat.
- Zu beachten ist weiterhin, dass die Berechnung von Äquivalenzeinkommen stets nur auf der Basis vorab für die Befragung festgelegte Einkommensklassen erfolgt. Diese Einkommensklassen haben dabei unvermeidlicher Weise eine gewisse Spannweite. Beim Mikrozensus liegen diese mehrheitlich zwischen 150 und 500 Euro, in zwei der drei höchsten gar zwischen 2.500 und 8.000 Euro. Das bedeutet, dass die tatsächliche Verteilung innerhalb der jeweiligen Einkommensklassen unbekannt ist und geschätzt werden muss. Nun macht es aber für einen Privathaushalt durchaus einen Unterschied, ob er monatlich über 1.250 € oder über 1.499 € verfügt. Die Einkommensklasse in der jeweiligen Befragung ist ggf. jedoch in beiden Fällen identisch.
- Wenn bei der Nutzung der Armutsgefährdungsquote der Maßstab die durchschnittlichen Einkommen auf Bundesebene sind und die Einkommensverteilung auf Bundesebene positiver verläuft als in Nürnberg, dann ist es eine mathematische Logik, dass sich die Armutsgefährdungsquote für Nürnberg erhöht, auch wenn sich die Einkommensverteilung für Nürnberg insgesamt nicht verschlechtert.
- Die Armutsgefährdungsquote ist nach wie vor ein zentraler Gegenstand der öffentlichen Debatte, sie wird jedoch häufig verkürzt verwendet.
  - Sie ist keine „Armutsquote“, sondern ein Indikator zur Messung von Einkommensungleichheit, mit Fokus auf untere Einkommensgruppen. Für die Armuts-debatte ist das relevant, es ist dann jedoch etwas anderes, als ein Beleg für die Zahl von Armut betroffener Menschen.
  - Sie ist geeignet, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu identifizieren.
  - Die Armutsgefährdungsquote hat ihre Funktion, wenn sie als das interpretiert wird, was sie ist und wenn sie nicht solitär, sondern im Zusammenhang mit anderen Indikatoren (Lebenslagen!) interpretiert wird.
- Zu Letzt (=2018) beläuft sich die Armutsgefährdungsquote in Nürnberg auf 20,6%, gemessen am Bundesmedian (Datenquelle: Mikrozensus). Das heißt, knapp 21% der Bevölkerung verfügten über ein monatliches Einkommen, das unterhalb von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens des jeweiligen Haushaltstyps lag. Zur Orientierung: Für einen Einpersonenhaushalt belief sich diese „Armutsgefährdungsschwelle“ auf 981 Euro.

Abbildung 10: Armutsgefährdungsquoten in Nürnberg (auf Basis des Mikrozensus)



\*Mittelwert folgender Städte: Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart  
Datenquelle: Mikrozensus, Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen

### 4.3. Folgen

In Abschnitt 2 wurde bereits betont, dass die Kommune vergleichsweise großen Handlungsspielraum bei der ebenfalls unverzichtbaren Bekämpfung potenzieller Armutsfolgen hat. Die Ermöglichung von Teilhabe ist in diesem Zusammenhang eine kommunale Kernkompetenz.

#### 4.3.1. Materielle Lebenslage

##### Wohnen

Die Versorgung mit Wohnraum ist und bleibt in der Stadt Nürnberg eine zentrale politische Herausforderung, das gilt noch mehr für die Versorgung des „ärmeren Teils“ der Nürnberger Bevölkerung mit erschwinglichem Wohnraum.

Die Zahl der bei Sozialamt erfassten wohnungssuchenden Haushalte ist – mit gewissen Schwankungen – seit Jahren relativ stabil und bewegt sich etwas über 8.000 Haushalte. Auch die Zahl der vermittelten wohnungssuchenden Haushalte ist relativ stabil und beträgt jährlich gut 1.000. Diese Zahlen beinhalten verschiedene Botschaften. Die bessere Nachricht: Die Stadtbevölkerung wächst und der Druck auf den Wohnungsmarkt nimmt weiter zu. Die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte steigt jedoch nicht mit. Die schlechtere Nachricht: Noch immer gibt es mit 8.000 Haushalten viel zu viele wohnungssuchende Haushalte und die Differenz zwischen suchenden und vermittelten Haushalten wird nicht kleiner.

Tabelle 2: Wohnungssuchende Haushalte

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Wohnungssuchende Haushalte*	8.538	8.207	8.035	8.288	8.502	8.181
Vermittelte wohnungssuchende Haushalte**	1.265	1.183	1.198	1.134	1.118	1.092

\*Dezember d. J. \*\* in der Zeit von 01.01. bis zum Jahresende; Datenquelle: SHA

Ein weiterer Hinweis auf die Frage der Belastungen durch Wohnkosten sind einerseits die Antragstellungen zum Bezug von Wohngeld (WoGG) als Mietzuschuss bei Mietern oder Latsenzuschuss bei Eigentümern, die über Einkommen verfügen. Andererseits ist es die Zahl der Personen, die in Haushalten mit Wohngeldbezug leben.

Tabelle 3: Anzahl der Antragstellungen Wohngeld

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl d. Antragstellungen Wohngeld*	12.789	11.007	9.194	12.607	11.564	11.660

\* in der Zeit von 01.01. bis zum Jahresende; zu beachten: Wohngeldnovelle 2016; Datenquelle: SHA

Tabelle 4: Personen in Haushalten mit Wohngeld-Leistungen

	2014	2015	2016	2017	2018
Personen in Haushalten mit WoGG-Leistungen*	10.370	9.028	12.301	12.304	11.981

\* in der Zeit von 01.01. bis zum Jahresende; zu beachten: Wohngeldnovelle 2016; Datenquelle: SHA

Zu beachten ist, dass nach der letztmaligen Wohngelderhöhung im Jahr 2016 zum 01.01.2020 eine Erhöhung gab. Es ist zu erwarten, dass im Zuge der damit einhergehenden Einführung einer neuen Mietenstufe und der Anhebung der Miethöchstbeträge sowie der Einkommensgrenzen auch in Nürnberg mehr Menschen von der Wohngelderhöhung profitieren werden und die Zahlen daher steigen werden.

Eine kontinuierliche Zunahme ist bei den Personen in Obdachlosenwohnungen, -pensionen und Sozialimmobilien zu konstatieren. Ende 2018 wurden 1.875 Personen gezählt.

Tabelle 5: Personen in Obdachlosenwohnungen, -pensionen und Sozialimmobilien

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personen in Obdachlosenwohnungen, -pensionen und Sozialimmobilien	1.234	1.308	1.378	1.498	1.555	1.669	1.820	1.875

Datenquelle: SHA; jeweils Jahresende

Seit dem Tiefststand 2015 nimmt die Zahl belegungsgebundener Wohnungen jährlich zu. Für 2018 wurden 18.200 belegungsgebundene Wohnungen gezählt.

Tabelle 6: Anzahl belegungsgebundener Wohnungen

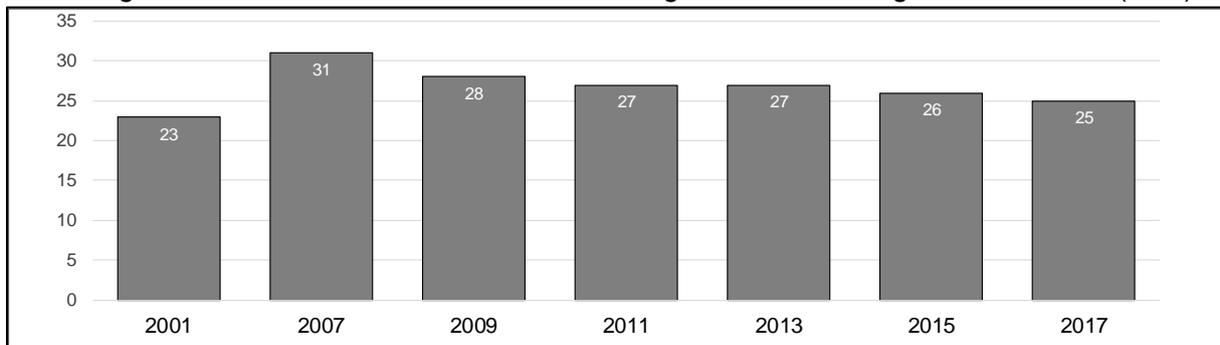
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
belegungsgebundene Wohnungen	18.933	18.814	18.748	18.442	18.226	17.898	17.930	18.030	18.196

Datenquelle: SHA

## Finanzieller Handlungsspielraum

Die oben ausgeführten Durchschnittsdaten zur Einkommensentwicklungen sagen noch nichts über die Auskömmlichkeit im Einzelfall aus. Eine Möglichkeit bildet die regelmäßige Wohnungs- und Haushaltserhebung der Stadt Nürnberg. Demnach berichtet ein Viertel der Befragten, dass es im vergangenen Jahr einmal eine Situation gab, in der es schwierig war Ausgaben bestreiten zu können. Damit ist der Anteil in den vergangenen Jahren relativ konstant und nicht steigend. Ein wachsender Problemdruck ist nicht zu erkennen, was freilich nicht heißt, dass die konkrete Situation für die Betroffenen nicht sehr schwierig sein kann.

Abbildung 11: Anteile von Haushalten mit Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen (in %)\*



\*Formulierung der Fragestellung "Gab es in den letzten 12 Monaten einmal eine Situation, in der es schwierig war, die Ausgaben für Lebensmittel, Miete und andere Rechnungen zu bezahlen?" → ausgewiesen sind die Antwortanteile für „ja“. Datenquelle: Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

### 4.3.2. Soziale Lebenslage

Kommunale Daten zu armutsbedingten Benachteiligungen der sozialen Lebenslage sind nur sehr eingeschränkt verfügbar. Eine Annäherung kann über die Zahlenentwicklung zum Nürnberg-Pass und dem Bildungs- und Teilhabepaket erfolgen. Dies sind zwei zentrale Instrumente, um Teilhabechancen für betroffene Menschen zu erhöhen, in dem Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Freizeit und Sport zu ermäßigten Preisen in Anspruch genommen werden können. Die Zahl der Nürnberg-Pass-Inhabenden ist von gut 34.600 Ende 2011 auf knapp 53.400 Ende 2017 gestiegen. Zu Letzt waren die Zahlen wieder rückläufig, so dass Ende 2018 noch ca. 51.000 Inhabende gezählt wurden.

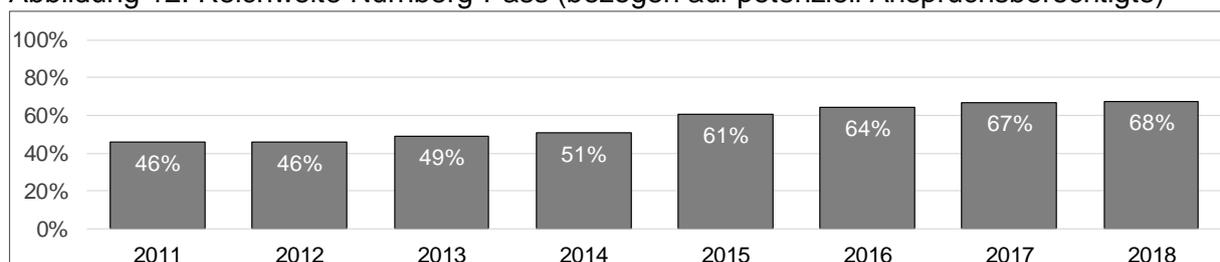
Tabelle 7: Inhabende des Nürnberg-Passes (jeweils Jahresende)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Inhabende	34.622	34.194	37.117	39.056	49.543	53.211	53.376	50.978

Datenquelle: SHA

Der Anstieg zwischen 2011 und 2017 ist nicht gleichzusetzen mit einem Anstieg von Armut betroffener Menschen. Vielmehr hat sich die Reichweite des Nürnberg-Passes in der Zeit deutlich erhöht. Das heißt, mehr potenziell Berechtigte haben den Nürnberg-Pass tatsächlich beantragt/erhalten. Ebenso ist der Rückgang der Zahl von 2017 auf 2018 kein „Misserfolg“, weil gleichzeitig die Reichweite gestiegen ist (Abbildung 12). Eine wünschenswerte Entwicklung wäre es, wenn die Zahl der Nürnberg-Pass-Inhabende auf Grund rückläufiger Bedarfe sinkt und gleichzeitig die relative Reichweite in Richtung 100% steigt.

Abbildung 12: Reichweite Nürnberg-Pass (bezogen auf potenziell Anspruchsberechtigte)



Datenquelle: SHA, jeweils Jahresende

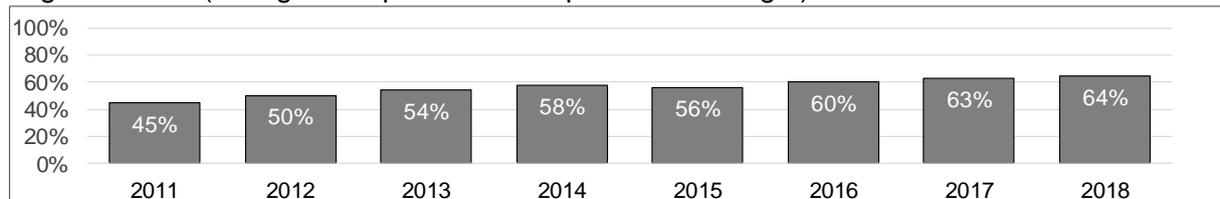
Eine ähnliche Entwicklung ist bei den entsprechenden Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zu beobachten. Die Zahl der Leistungsbeziehenden hat bis 2017 zugenommen und ist in 2018 leicht rückläufig. Gleichzeitig fand eine nahezu kontinuierliche Steigerung der Reichweite statt.

Tabelle 8: Bildungs- und Teilhabepaket – Gutscheine für Mittagessen/Ausflüge/Teilhabe

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Leistungsbeziehende (Gutscheine für Mittagessen/Ausflüge/Teilhabe)	10.888	12.083	13.328	14.496	15.810	16.888	16.935	16.203

Datenquelle: SHA; Stand jeweils Jahresende

Abbildung 13: Reichweite Bildungs- und Teilhabepaket – Gutscheine für Mittagessen/ Ausflüge/Teilhabe (bezogen auf potenziell Anspruchsberechtigte)



Datenquelle: SHA; Stand jeweils Jahresende

Objektive Daten zu Arbeitsmarktbeteiligung, Leistungsbezug, Einkommensentwicklung etc. sagen noch nichts darüber aus, ob und in welchem Maße sich in der Stadtgesellschaft soziale Spannungen und möglicherweise auch Polarisierungen intensivieren. Die folgende Fragestellung, die in der städtische Wohnungs- und Haushaltserhebung gestellt wird ist hier interessant: „In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und welche, die eher unten stehen. Wenn Sie an sich selbst denken: Wo auf einer Skala von 1=oben bis 7=unten würden Sie sich einordnen?“ Die Antwortverteilung zeigt zum einen, dass sich die Mehrheit der Befragten im Mittelfeld verortet. Zum anderen fällt auf, dass es im Zeitverlauf keine nennenswerten Verschiebungen gibt, die auf empfundene zunehmende Spaltungen hinweisen.

Abbildung 14: Selbsteinschätzung Schichtzugehörigkeit



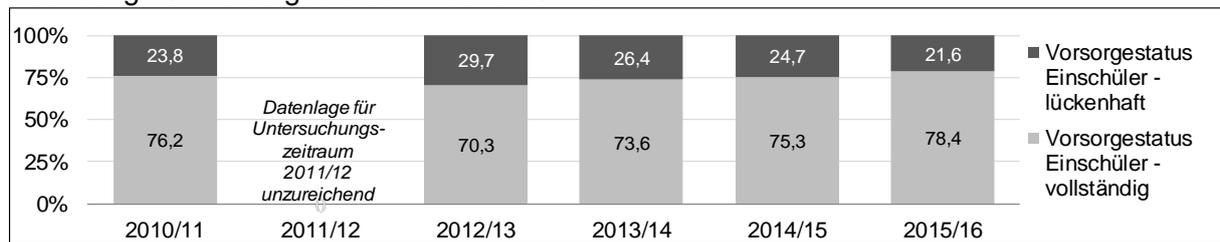
Datenquelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

#### 4.3.3. Gesundheitliche Lebenslage

Zur Beobachtung gesundheitlicher Entwicklungen werden an dieser Stelle Daten aus der Schuleingangsuntersuchung dargestellt, die vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt worden sind. Die dargestellten Daten liefern keine weiteren Differenzierungen nach sozioökonomischen Konstellationen, so dass nicht unmittelbar „armutsbedingte“ Unterschiede ausgemacht werden können. Nichtsdestotrotz bieten sie einen Ausgangspunkt für kontinuierliche Diskussionen über gesundheitliche Benachteiligungen, an dieser Stelle bei Kindern.

Der Vorsorgestatus bei Einschütern/innen hat weiter zugenommen. Für die aktuell vorliegende letzte differenzierte Auswertung des Schuljahres 2015/16 weisen fast 4 von 5 Einschütern/innen einen vollständigen Vorsorgestatus vor.

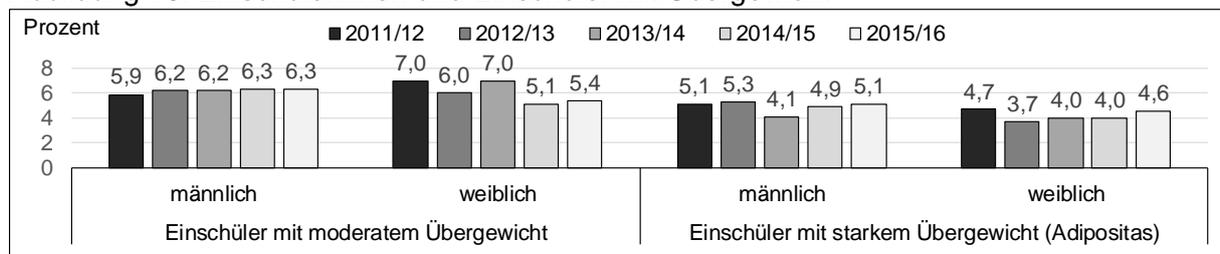
Abbildung 15: Vorsorgestatus Einschütern/innen



Datenquelle: Gh

Der Anteil an Einschütern/innen mit Übergewicht unterliegt gewissen Schwankungen. Moderates Übergewicht ist bei Jungen relativ gleichbleibend, wohingegen die Schwankungen bei Mädchen hier etwas größer sind. Bei starkem Übergewicht liegen die Anteile der Jungen jeweils geringfügig über denen der Mädchen. Deutliche Unterschiede sind jedoch nicht erkennbar.

Abbildung 16: Einschüterninnen und Einschütern mit Übergewicht



Datenquelle: Gh

#### 4.3.4. Kulturelle Lebenslage

Bei den Entwicklungen der kulturellen Lebenslage werden an dieser Stelle vor allem ausgewählte Informationen zur Bildung aufgeführt. In Abschnitt 3 wurde bei der Vorstellung des Problem-Ursachen-Folgen-Komplexes bereits darauf hingewiesen, dass es verschiedene Daten gibt, die für mehrere Felder relevant sein können. Dies trifft vor allem auch für den Bereich der Bildung zu. So kann geringere Bildung mit ursächlich für Armut im weiteren Lebensverlauf sein und gleichzeitig kann ein Aufwachsen in Armut ungünstigere Lernvoraussetzung nach sich ziehen, wodurch Bildung auch auf der Folgenseite zu betrachten ist.<sup>17</sup>

Auch wenn – ähnlich wie bei den Gesundheitsdaten – hier keine unmittelbaren Daten zur Armutsbetroffenheit vorliegen, so sind Bildungsdaten für die Armutsdebatte dennoch elementar. Frühkindliche, schulische und berufliche Bildung sind grundlegend für soziale und wirtschaftliche Teilhabe und ein erfolgreicher Berufseinstieg die beste Voraussetzung für finanzielle Unabhängigkeit und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Daher bietet sich die Betrachtung hierfür relevanter Indikatoren im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung, der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Bildung an.

#### Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

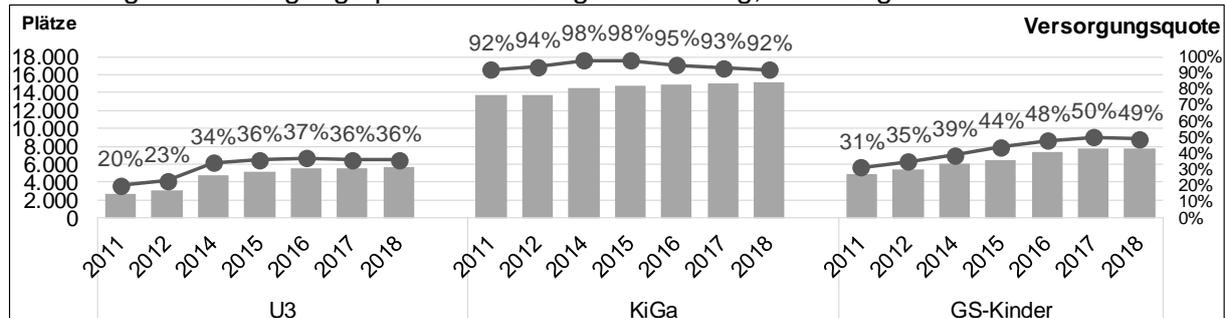
Nicht nur, aber vor allem auch Kinder aus von Armut betroffenen Familien profitieren von einem Besuch von Einrichtungen frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Diese frühe Form der Bildungsbeteiligung ist nicht nur ein wirksamer Beitrag zur Ermöglichung sozialer Teilhabe und zur Förderung der Gesundheit, sondern auch zur Unterstützung eines gelingenden Einstiegs in die Schullaufbahn, deren Erfolg wiederum das künftige Einkommen

<sup>17</sup> Kohlrausch 2019, S. 181

und die soziale Mobilität maßgeblich bestimmt. So kommt den Angeboten eine wichtige Schutz- und Investitionsfunktion zu.

Abbildung 17 zeigt, dass die Plätze für die verschiedenen Altersgruppen in den letzten Jahren durch den umfassenden Kita-Ausbau stetig gestiegen sind. Trotz umfangreicher Schaffung zusätzlicher Plätze führten die hohen Geburtenzahlen und Zuwanderungen der letzten Jahre dazu, dass die Versorgungsquote vor allem im Kindergartenbereich seit 2015 leicht rückläufig ist. Zu der weiteren Bedarfs- und Ausbauplanung der Angebote der Kindertagesbetreuung sei an dieser Stelle auf die einschlägigen Berichte im Jugendhilfeausschuss verwiesen.<sup>18</sup>

Abbildung 17: Versorgungsquoten Kindertagesbetreuung, Nürnberg

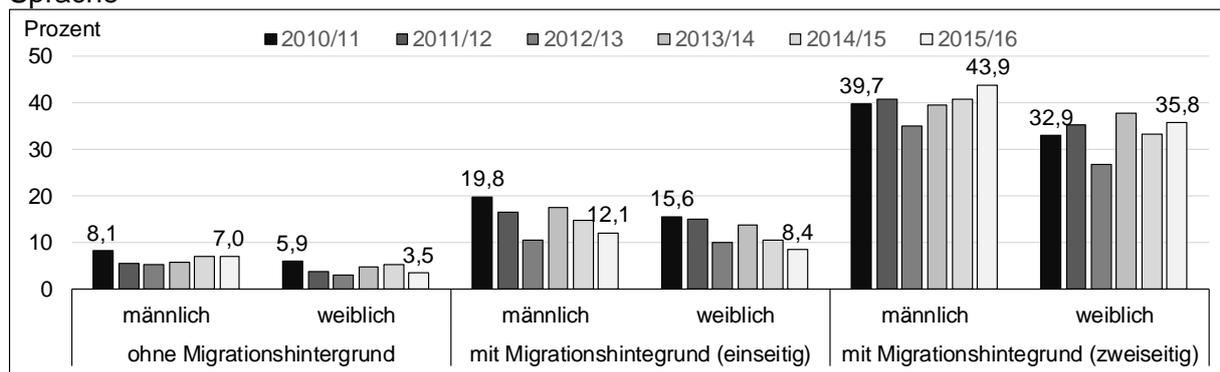


Datenquelle: Jugendamt, Stand: bis einschließlich 2015 = Jahresmitte, ab 2016 jeweils Jahresende

Eine besondere Rolle spielt die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung vor allem auch mit Blick auf die sprachliche Bildung.

Als Indikator für die Sprachkompetenz wurde in Abbildung 18 aus den Daten der Schuleingangsuntersuchung die Variable „mindestens 1 auffälliger Befund in der Wort-/Satzbildung“ verwendet. Bei Auffälligkeiten in der Wort-/Satzbildung werden die Sätze vom Kind falsch oder unvollständig gebildet. Die Daten werden getrennt nach dem Geschlecht ausgewertet und innerhalb des Migrationshintergrundes differenziert nach ein- und zweiseitigem Migrationshintergrund. Wenig überraschend zeigt sich, dass vor allem bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund der Sprachförderbedarf höher ist als bei Kindern mit einseitigem oder ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig ist er bei Jungen höher als bei Mädchen. Im Vergleich der vorliegenden Jahre gibt es immer mal wieder Schwankungen zu beobachten.

Abbildung 18: Anteil der einzuschulenden Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache



Datenquelle: Gh

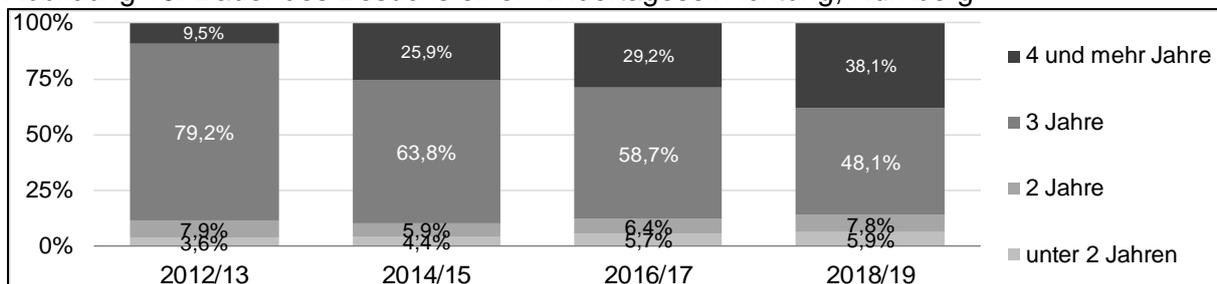
Analysen der Schuleingangsuntersuchungen durch das Gesundheitsamt zeigen, dass Kinder mit einer längeren Besuchsdauer einer Kindertageseinrichtung im Durchschnitt weniger Defizite bei der Sprachentwicklung aufweisen.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Zuletzt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.04.2019 ([https://online-service2.nuernberg.de/buerger-info/si0056.asp?\\_\\_ksinr=15024](https://online-service2.nuernberg.de/buerger-info/si0056.asp?__ksinr=15024), Abrufdatum: 08.01.2020)

<sup>19</sup> Stadt Nürnberg 2019, S. 76 ([https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht\\_nuernberg\\_2019.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht_nuernberg_2019.pdf), Abrufdatum: 17.01.2020)

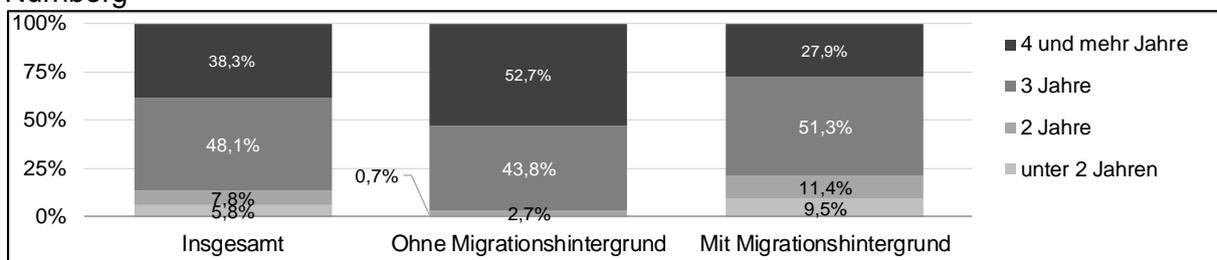
Es wird deutlich, dass sich der Anteil von Kindern mit einer Kita-Besuchsdauer von mehr als vier Jahren seit 2012/13 deutlich erhöht hat. Kinder mit Migrationshintergrund besuchen jedoch nach wie vor später und kürzer Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung.

Abbildung 19: Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung, Nürnberg



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt; Schuleingangsuntersuchung

Abbildung 20: Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung nach Migrationshintergrund, Nürnberg



Anmerkung: Der Migrationshintergrund wird über die Muttersprache beider Elternteile erfasst.

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt; Schuleingangsuntersuchung

## Allgemeinbildende Schulen

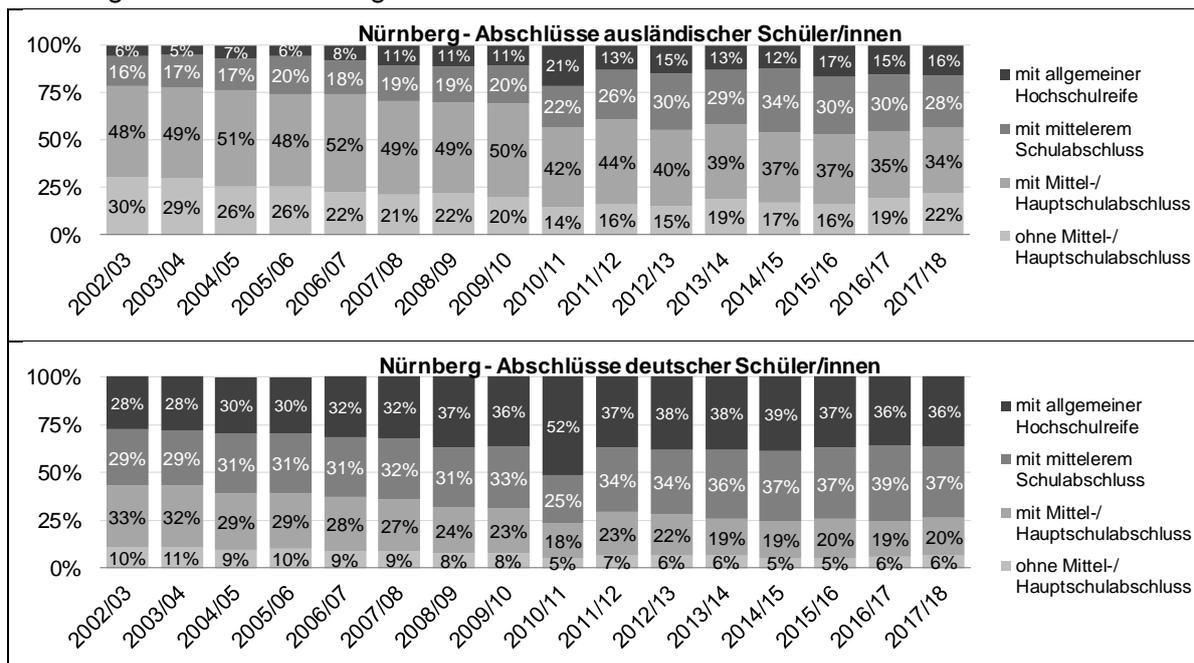
Jugendliche, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, haben deutlich schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden und einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen zu können. Hierbei tragen Jugendliche mit nichtdeutscher Nationalität ein höheres Risiko.<sup>20</sup>

Die Zahl der Schüler/innen ohne einen Mittel-/Hauptschulabschluss war in Nürnberg jahrelang sowohl bei Deutschen wie Nichtdeutschen rückläufig. Seit 2015/16 nimmt sie bei Deutschen wieder leicht zu, bei Nichtdeutschen seit 2016/17. Für das Schuljahr 2017/18 wurden 239 deutsche Abgänger/innen ohne Mittel-/Hauptschulabschluss gezählt und 211 Nichtdeutsche.

Schaut man sich die prozentuale Verteilung der Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen an, so fallen vor allem die unterschiedlichen Verteilungen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen auf. Die häufigsten Abschlussarten unter deutschen Schülern/innen sind die allgemeine Hochschulreife und ein mittlerer Schulabschluss, während es bei den Nichtdeutschen der Mittel-/Hauptschulabschluss und der mittlere Abschluss ist.

<sup>20</sup> Stadt Nürnberg 2019, S. 120 ([https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht\\_nuernberg\\_2019.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht_nuernberg_2019.pdf), Abrufdatum: 17.01.2020)

Abbildung 21: Abschlüsse allgemeinbildender Schulen nach Nationalität



2010/2011 = doppelter Abiturjahrgang; Es handelt sich um Schüler/innen aller Träger (Öffentliche (staatlich und städtisch) Träger und private (kirchliche und sonstige)).  
 Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Schulstatistik; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth; eigene Berechnung

Neben den Abschlüssen, ist auch der Blick auf die (beabsichtigten) Übertritte nach der vierten Klasse interessant. Das Bild ist ganz ähnlich: Die häufigste Schulform, die für deutsche Viertklässler/innen angegeben wird, ist das Gymnasium. Hier sind die Anteile doppelt so hoch wie bei Nichtdeutschen. Bei nichtdeutschen Schülern/innen wiederum ist die Mittel-/Hauptschule die häufigste Schulform.

Seit 2016/17 können auch Differenzierungen nach dem Migrationshintergrund vorgenommen werden. Hier werden die Unterschiede noch einmal deutlicher. Für die Schüler/innen ohne Migrationshintergrund sind die bezifferten Anteile für die Schulform Gymnasium nochmal höher und für die Mittel-/Hauptschule geringer (Abbildung 19).

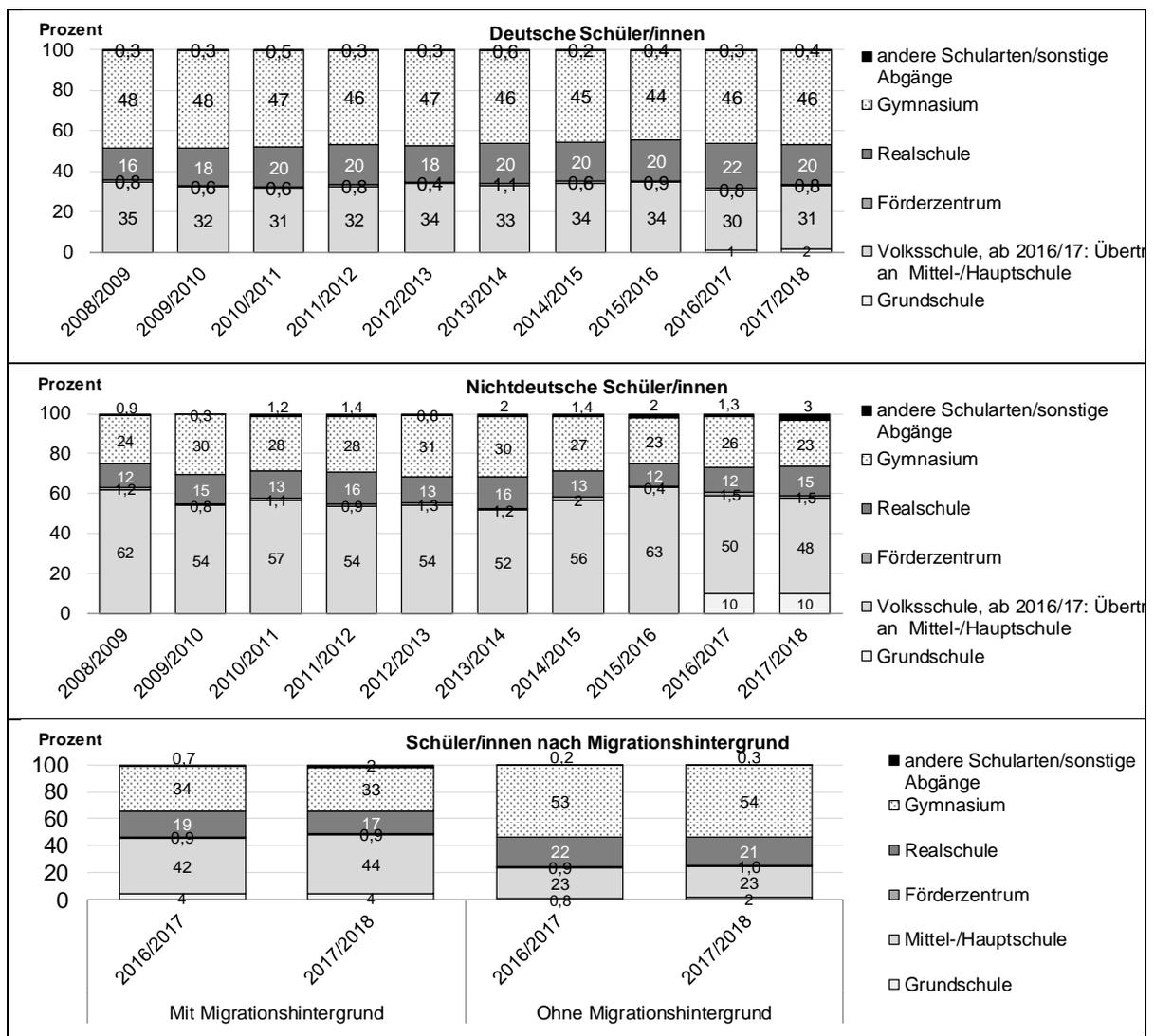
Klar ist: Die ausgewählten Daten lassen Fragen offen und müssen differenzierter interpretiert werden. So ist bspw. zu hinterfragen, inwiefern es ein „Misserfolg“ ist, wenn in den letzten Jahren eine größere Zahl junger Geflüchteter nach Nürnberg gekommen ist, die mitten in ihrer Schulbiografie stecken und auf Grund eines nachholenden Spracherwerbs oftmals bei allen Anstrengungen gar keine Chance haben können, in größerem Umfang (höhere) Schulabschlüsse zu erreichen. Der Spracherwerb wird dann oftmals in den Berufsintegrationsklassen der beruflichen Schulen nachgeholt.

Nicht nur, aber auch für die Daten zur Bildung gilt, dass sie hier nicht mehr (aber auch nicht weniger) als ein systematischer Ausgangspunkt einer mehrdimensionalen Beobachtung des Themenkomplexes Armut sein sollen. Insofern sind weiterführende Diskussionen nicht nur gewünscht, sondern auch nötig.

Für differenzierte Ausführungen und Einordnungen von Bildungsfragen sei an dieser Stelle auch auf den aktuellen Bildungsbericht und den Teilbildungsbericht Neuzuwanderung verwiesen.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Stadt Nürnberg 2019 ([https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht\\_nuernberg\\_2019.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht_nuernberg_2019.pdf), Abrufdatum: 17.01.2020), Stadt Nürnberg 2018 ([https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/teilbericht\\_i\\_zuwanderung.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/teilbericht_i_zuwanderung.pdf), Abrufdatum: 17.01.2020)

Abbildung 22: Übertritte ("Absichtserklärung") Nürnberger Grundschüler/innen am Ende der vierten Klasse



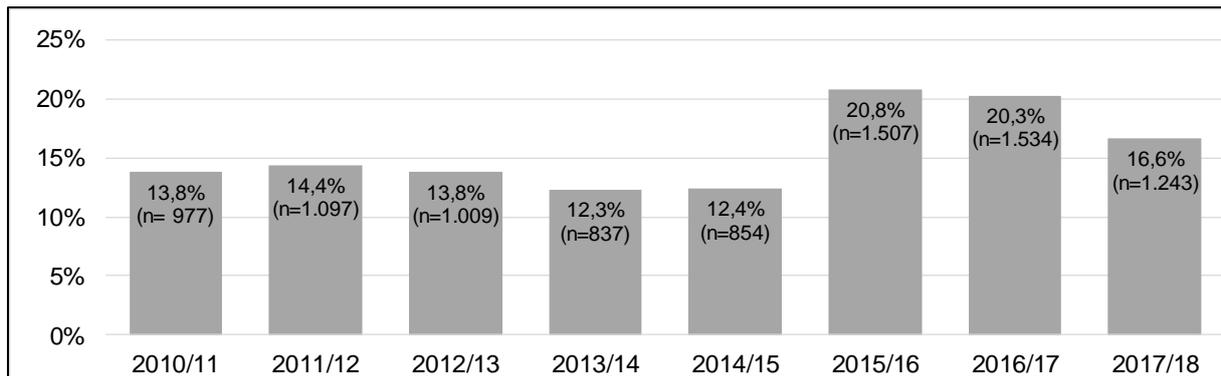
Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Schulstatistik; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

## Berufliche Bildung

Der Bereich der beruflichen Bildung soll an dieser Stelle mit der Entwicklung der Anteile von Schülern/innen im Übergangssystem<sup>22</sup> in den Blick genommen werden. Dabei ist bei den neu in das Berufsbildungssystem eingetretenen Schülern/innen zu erkennen, dass mit dem Schuljahr 2017/18 sowohl die Anzahl als auch der Anteil der Schüler/innen im Übergangssystem wieder rückläufig war.

<sup>22</sup> Zum Übergangssystem zählen in der amtlichen Statistik Bildungsgänge, in denen junge Menschen auf eine Teilnahme an der Berufsausbildung vorbereitet werden, dabei auch Bildungsgänge zur Nachholung eines allgemeinbildenden Schulabschlusses (Stadt Nürnberg 2019, S. 154, [https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht\\_nuernberg\\_2019.pdf](https://www.nuernberg.de/imperia/md/bildungsbuero/dokumente/bildungsbericht_nuernberg_2019.pdf), Abrufdatum: 17.01.2020)

Abbildung 23: Anteil Schüler/innen im Übergangssystem an Schüler/innen im Berufsbildungssystem, Nürnberg



Datenquelle: Kommunale Bildungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; Schulstatistik; Stadt Nürnberg 2019, S. 122; eigene Berechnung

## 5. Fazit und Ausblick

Das vorgestellte Datenset wurde im Zuge der Armutsdiskussion auf Initiative des Referats für Jugend, Familie und Soziales in Kooperation mit dem Amt für Stadtforschung und Statistik entwickelt. Es kann und soll keine umfangreichen Studien zu Einzelaspekten ersetzen. Vielmehr geht es darum, zur Identifikation und Beobachtung von (sich möglicherweise auch verändernden) Bedarfslagen ein systematisches Datenset aufzubauen, das künftig jährlich vom Amt für Stadtforschung und Statistik aktualisiert und vom Sozialreferat auch weiterhin regelmäßig in die Diskussion eingebracht wird und dabei mit überschaubarem Aufwand erstellt und vor allem auch erfasst werden kann. Insofern soll es kein Schlusspunkt sein, sondern Ausgangspunkt fachlicher Diskussionen und Suchbewegungen. Solche Fragen können sein: Was hat sich verbessert? Was hat sich verschlechtert? Welche Informationen reichen noch nicht aus? Wo müssen welche Daten ergänzt werden? Über welche Zielgruppen wissen wir noch zu wenig? Und die entscheidenden Fragen: Tun wir die richtigen Dinge und tun wir sie richtig?

Zu der Frage welche ergänzenden Daten nötig sind, liegt auch ein Set an „Ergänzungsindikatoren“ vor, auf das bei Bedarf und weiterführenden Analysen zurückgegriffen werden kann (eine Übersicht findet sich in Anhang 3). An dieser Stelle wurde jedoch bewusst der Einstieg über die ausgewählten Leitindikatoren gewählt, um die Diskussion einerseits zwar notwendigerweise mehrdimensional zu führen, andererseits jedoch nicht mit unüberschaubar vielen Daten von vorneherein zu überfrachten.

Die Daten zeigen an vielen Stellen, dass armutsrelevante Daten in eine gute Richtung gehen. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Beschäftigungsquote hoch. Die Zahl der Transferleistungsbeziehenden geht zurück, die Einkommen steigen. Ein Grund das Engagement zurückzufahren ist das alles nicht. Vielmehr muss es darum gehen, die begrenzten Ressourcen in die richtigen Bahnen zu lenken. Ein zentraler Punkt aus Sicht des Sozialreferats bleibt dabei das Thema Kinder- und Jugendarmut. Insofern muss es weiter darum gehen, die Maßnahmen im weiterentwickelten Arbeitsprogramm gegen Kinder- und Jugendarmut weiter sukzessive umzusetzen.

## Anhang

### Anhang 1: Hauptwohnsitzbevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe	weiblich			männlich		
	2008	2018	Entwicklung in %	2008	2018	Entwicklung in %
0 - unter 3	6.167	7.682	24,6%	6.527	8.154	24,9%
3 - unter 6	5.971	6.956	16,5%	6.149	7.325	19,1%
6 - unter 10	7.765	8.578	10,5%	8.223	9.092	10,6%
10 - unter 15	9.935	10.716	7,9%	10.438	11.185	7,2%
15 - unter 18	6.270	6.261	-0,1%	6.827	6.813	-0,2%
18 - unter 25	22.110	21.463	-2,9%	20.146	21.855	8,5%
25 - unter 30	19.620	21.282	8,5%	18.326	22.067	20,4%
30 - unter 45	53.653	56.386	5,1%	56.750	59.985	5,7%
45 - unter 60	50.782	55.208	8,7%	48.934	57.629	17,8%
60 - unter 65	14.457	15.810	9,4%	13.375	14.605	9,2%
65 - unter 75	31.553	27.100	-14,1%	26.375	22.377	-15,2%
75 - unter 80	10.985	13.805	25,7%	7.593	10.471	37,9%
80 - unter 85	9.597	11.269	17,4%	4.941	7.269	47,1%
85 und mehr	9.057	9.814	8,4%	2.933	4.589	56,5%
Gesamt	257.922	272.330	5,6%	237.537	263.416	10,9%

Stand: jeweils 31. 12. des Jahres

Datenquelle: Einwohnermelderegister; Amt für Statistik und Stadtforschung für Nürnberg und Fürth

### Anhang 2: Definitionen zur Einkommensentwicklung

Äquivalenzeinkommen	Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht = 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jede weitere Personen im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen. <sup>23</sup>
Bruttolöhne und -gehälter	Die Bruttolöhne und -gehälter (Verdienste) enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.
Verfügbares Einkommen	Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

<sup>23</sup> Quellen: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/glossar.html#Aequivalenzeinkommen> (Abrufdatum: 20.12.2017); IT.NRW 2009

## Anhang 3: Übersicht Ergänzungsindikatoren

Rahmendaten		
<b>1. Demografie</b> <i>E1.1 Privathh. mit 5 o. mehr Personen</i> <i>E1.2 Deutsche ohne Migrationshintergrund</i> <i>E1.3 Deutsche mit Migrationshintergrund</i> <i>E1.4 Nicht-Deutsche (EU)</i> <i>E1.5 Nicht-Deutsche (nicht-EU)</i> <i>E1.6 Haushalte mit Kindern</i> <i>E1.7 Alleinerziehende</i> <i>E1.8 Jugendquotient</i> <i>E1.9 Seniorenquotient</i> <i>E1.10 Bevölkerungsvorausberechnung</i>	<b>2. Leistungsbezug/soziale Intervention</b> <i>E2.1 Zahl der SGB II-BG</i> <i>E2.2 ELB mit Langzeitleistungsbezug</i> <i>E2.3 Anteil BG mit Kindern an allen SGB II-BG</i> <i>E2.4 Anteil Alleinerziehenden-BG an allen BG</i> <i>E2.5 Kinder in u. 18 J. in Erziehenden-BG mit mind. einem Elternteil bis u. 35 J.</i> <i>E2.6 SGB II-Quote</i> <i>E2.7 ELB-Quote</i> <i>E2.8 Leistungsberechtigte GSIAE</i> <i>E2.9 Leistungsberechtigte HLU</i> <i>E2.10 Leistungsempfänger AsylbLG</i> <i>E2.11 Transferleistungsdichte</i> <i>E2.12 Anteil Kita-Gebührenübernahme</i> <i>E2.13 HZE-Fälle/HZE-Dichte</i>	
Ursachen		
<b>3. Arbeit und Beschäftigung</b> <i>E3.1 Sozialversicherungspfl. Beschäftigte (WO)</i> <i>E3.2 Teilzeitquote (svB, WO)</i> <i>E3.3 Anteilige Langzeitarbeitslosigkeit</i> <i>E3.4 erwerbstätige ELB</i> <i>E3.5 Anteil befristeter Erwerbstätigkeit</i> <i>E3.6 Anteil Beschäftigte auf Helferniveau (WO)</i>	<b>4. Einkommen/wirtschaftliche Situation</b> <i>E4.1 Armutsgefährdungsschwelle (Mikrozens.)</i> <i>E4.2 Armutsgefährdungsquote (Mikrozens.)</i> <i>E4.3 Armutsgefährdungsquote (WoHaus)</i> <i>E4.4 Schuldnerquote</i> <i>E4.5 Verbraucherinsolvenzen</i> <i>E4.6 UVG-Anteil an Bevölkerung u. 12 Jahren</i>	
Folgen		
Materielle Lebenslage		
<b>5. Wohnen</b> <i>E5.1 Anteil Sozialwohnungen, die aus Bindung fallen</i> <i>E5.2 mittlere Mietpreise je m<sup>2</sup></i> <i>E5.3 Kaufpreise aus beurkund. Verträgen</i> <i>E5.4 mittlerer Mietpreis je m<sup>2</sup> (IW Consult)</i> <i>E5.5 mittlerer Kaufpreis je m<sup>2</sup> (IW Consult)</i> <i>E5.6 Erschwinglichkeitsindex</i> <i>E5.7 durchschnittlicher Kaufwert baureifes Land</i>	<b>6. Finanzieller Handlungsspielraum</b> -	
Soziale Lebenslage		
<b>7. Soziale Teilhabe</b> <i>E7.1 Wahlbeteiligung Bundestagswahl</i> <i>E7.2 Wahlbeteiligung Landtagswahl</i> <i>E7.3 Wahlbeteiligung Kommunalwahl</i> <i>E7.4 Bewertung Freizeiteinrichtungen und -angebote</i>	Gesundheitliche Lebenslage	
	<b>8. Gesundheit</b> <i>E8.1 Subjektiver Gesundheitszustand</i>	
Kulturelle Lebenslage		
<b>9. Bildung</b> <i>E9.1 BuT-Lernförderung</i>		

## Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Armutsforschung (2017): Erklärung zum Armutsbegriff. In: Soziale Sicherheit 4/2017, S. 151-155

Aust, Andreas/Dehmer, Mara/Rock, Joachim/Schabram, Greta (2018): Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus. Kurzexpertise Nr. 4/2018, Paritätische Forschungsstelle. Berlin

AWO (2012): „Von alleine wächst sich nichts aus ...“ Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Berlin

Bauer, Thomas K./Gigerenzer, Gerd/Kärmer, Walter (2015): Wahr oder wahrscheinlich? Über Risiken und Nebenwirkungen der Unstatistik, Bonn

vom Berge, Philipp; Weber, Enzo (2017): Beschäftigungsanpassung nach Mindestlohnneinführung: Minijobs wurden teilweise umgewandelt, aber auch zulasten anderer Stellen. (IAB-Kurzbericht, 11/2017

Bogner, Kathrin/Landrock, Uta (2015): Antworttendenzen in standardisierten Umfragen. Mannheim

Bruckmeier, Kerstin/Lietzmann, Torsten/Mühlhan, Jannek/Stegmaier, Jens (2018): Geringfügige Beschäftigung aus der Perspektive von Beschäftigten und Betrieben sowie Verteilung- und Arbeitsmarktwirkungen einer Ausweitung. IAB-Stellungnahme 16/2018

Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2018): Arbeitsmarkt kompakt – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit geringfügig entlohntem Nebenjob. Nürnberg

Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung (con\_sens) (2019): Benchmarking der großen Großstädte. Monitoring 2018 zu den existenzsichernden Leistungen des SGB XII und SGB II, den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII, zum Asylbewerberleistungsgesetz zur Prävention von Wohnungsnotfällen. Hamburg

Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln? Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Klinger, Sabine/Weber, Enzo (2017): Immer mehr Menschen haben einen Nebenjob. IAB-Kurzbericht 22/2017

Kohlrausch, Bettina (2019): Armut und Bildung. In: Böhnke, Petra/Dittmann, Jörg/Goebel, Jan (Hrsg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen. Bonn, S. 177-188

Munz-König, Eva (2013): Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. In: Sozialer Fortschritt 5/2013, S. 123-131

Spannagel, Dorothee (2017): Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status – Armut und Teilhabe. In: Diehl, Elke (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn, S. 77-102

Stadt Nürnberg (Hrsg.) (2018): Bildungsberichterstattung der Stadt Nürnberg. Teilbericht I: Bildung von Neuzugewanderten. Nürnberg

Stadt Nürnberg (Hrsg.) (2019): Bildung in Nürnberg 2019. Fünfter Bildungsbericht der Stadt Nürnberg, Nürnberg;

Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales (2018a): Die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration in Nürnberg mit Schwerpunkt auf nichteuropäische Asylherkunftsländer und EU-Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten. Monitoring „Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg“, Nr. 1 / Oktober 2018

Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales (2018b): Einpendler in Nürnberg. Monitoring „Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg“, Nr. 2 / November 2018

Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales (2019a): Die Entwicklung der Einkommen in Nürnberg. Monitoring „Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg“, Nr. 3 / Februar 2019

Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales (2019b): Atypische Beschäftigung in Nürnberg. Monitoring „Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg“, Nr. 4 / März 2019

Stadt Nürnberg/Referat für Jugend Familie und Soziales (2019c): Die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration in Nürnberg mit Schwerpunkt auf nichteuropäische Asylherkunftsländer und EU-Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten – II. Fokus „Berufssegmente“. Monitoring „Armut und Armutsgefährdung in Nürnberg“, Nr. 5 / Juli 2019

Voges, Wolfgang/Jürgens, Olaf/Mauer, Andreas/Meyer, Eike (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Bremen

Warner, Uwe (2009): Die Messung von Einkommen in der international vergleichenden Umfrageforschung. Mannheim